

Der Kreistag



HESSENS MITTE • WISSEN
WIRTSCHAFT & KULTUR

Az.: 91 000-242

Gießen, den 25. April 2013

Kreisgremien und Öffentlichkeitsarbeit
Anette Herzberger
Gebäude F, Raum F208
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1829
anette.herzberger@lkgi.de
www.lkgi.de

NIEDERSCHRIFT

**über die 11. Sitzung des Kreistagsausschusses für Soziales, Jugend, Frauen,
Integration, Gesundheit und Ehrenamt des Landkreises Gießen
am 24. April 2013
Konferenzraum 1, Zimmer Nr. F212, Riversplatz 1-9, 35394 Gießen**

Zu dieser Sitzung wurde mit Einladungsschreiben vom 15. April 2013 eingeladen.

Es sind anwesend:

Ausschussmitglieder

Isabel de Jesus Domicke
Elisabeth Langwasser
Nadeschda Laudenschleger
Maren Müller-Erichsen
Dr. Gerhard Noeske
Irfan Ortac
Birgit Otto
Sven Stoffer
Anne Sussmann
Ellen Volk
Ewa Wenig bis 18.00 Uhr
Claudia Zecher

Kreistagsabgeordnete
stv. Ausschussvorsitzende
Kreistagsabgeordnete i.V. für Gülsenem Yilmaz
stv. Ausschussvorsitzende
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordnete
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordnete
Kreistagsabgeordnete
Kreistagsabgeordnete
Ausschussvorsitzende

beratende Ausschussmitglieder

Reinhard Hamel Kreistagsabgeordneter
Dennis Pucher Kreistagsabgeordneter
Maria Alves Kreisausländerbeiratsmitglied
Tim van Slobbe Vorsitzender des Kreisausländerbeirats

Ältestenrat

Karl-Heinz Funck Kreistagsvorsitzender
Peter Pilger stv. Kreistagsvorsitzender

Alexander Wright
Hiltrud Hofmann

stv. Kreistagsvorsitzender
Fraktionsvorsitzende

Günther Semmler

Fraktionsvorsitzender

Kreisausschuss

Anita Schneider
Dirk Oßwald

Landrätin
hauptamtlicher Erster
Kreisbeigeordneter
hauptamtliche Kreisbeige-
ordnete

Dr. Christiane Schmahl

Kreisbeigeordneter (mit
Dezernat)

Dirk Haas

Kreisbeigeordneter (mit
Dezernat)

Johann Gottfried Hecker

Kreisbeigeordneter

Dr. Klaus Becker

Kreisbeigeordnete

Silva Lübbers

Kreisbeigeordnete

Gottfried Schneider

Kreisbeigeordneter

Verwaltung

Rainer Brück als Schriftführer sowie wei-
tere Mitarbeiter der Verwaltung sowie
des Job-Centers

Entschuldigt:

Gülsenem Yilmaz

Kreistagsabgeordnete

Andrea Kaup

Kreistagsabgeordnete

1. Eröffnung und Begrüßung

Ausschussvorsitzende Claudia Zecher eröffnet die Sitzung des Kreistagsausschusses für Soziales, Jugend, Frauen, Integration, Gesundheit und Ehrenamt um 16. 41 Uhr. Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zuvor war im kleinen Kreis der bisherige Psychiatriekoordinator, Herr Dr. Klaus Becker, verabschiedet worden.

Sein Nachfolger, Herr Marco Auernigg, stellt sich dem Ausschuss vor. Er gibt einige kurze Informationen zu seiner Person und bedankt sich für die herzliche Aufnahme beim Landkreis Gießen. Er fungiert zugleich auch als neuer Leiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes im Gesundheitsamt.

2. Armutsrisiko Alleinerziehen - Bedarfe von Alleinerziehenden in der Region Gießen

Dieser TOP wird als Nr. 2 vorgezogen, da die Referentin, Frau Carmen Hammer, am Abend noch nach Frankfurt zurück muss.

Die Bedarfserhebung war der Einladung zu dieser Sitzung als Anlage beigefügt.

Nach einleitenden Worten von Frau Landrätin Anita Schneider stellt Frau Hammer die Arbeit von GiNewA in einer Power-point-Präsentation vor. GiNewA ist eines von 102 Projekten bundesweit und wird in Kooperation mit der ZAUG GmbH durchgeführt. Ein besonderer Erfolg war laut Frau Hammer der gemeinsame Aktionstag mit dem Job-Center. Ihr Dank für die gute Zusammenarbeit gilt den Bürgermeistern sowie den kommunalen Frauenbeauftragten im Landkreis.

Eine Anmerkung der Kreistagsabgeordneten Frau Hiltrud Hofmann bezieht sich auf die praktische Umsetzung, z.B. den Zugang zu einer Teilzeitausbildung.

Weitere Fragen oder Anmerkungen gibt es nicht mehr.

3. Änderung der Kinderbetreuungsrichtlinie;
hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 28. April 2013 (Vorlage. Nr. 0649/2013)

Die Vorlage war der Einladung zu dieser Sitzung als Anlage beigefügt.

Hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter Dirk Oßwald erläutert diese mit kurzen Worten.

Anmerkungen oder Fragen dazu gibt es nicht. Die Vorsitzende lässt dann abstimmen.

Der Kreistagsausschuss für Soziales, Jugend, Frauen, Integration, Gesundheit und Ehrenamt gibt folgende Beschlussempfehlung ab:

Zustimmung (einstimmig)

- | |
|--|
| 4. Mietabsenkungen entsprechend der neuen KdU-Richtlinien;
hier: Antrag des Kreistagsabgeordneten Reinhard Hamel (Linkes Bündnis) vom
8. April 2013 (Vorlage. Nr. 0653/2013) |
|--|

Kreistagsabgeordneter Reinhard Hamel erhält das Wort, um den Antrag näher zu begründen.

Dieser bemängelt insbesondere, dass die den Richtlinien zugrunde liegenden Zahlen insbesondere für Familien nicht mehr aktuell seien. Die von der Fa. „Analyse & Konzepte“ erbrachte Studie gehe von Angaben aus, die 4 Jahre zurück lägen.

Tatsächlich aber sei heute gerade in der Stadt Gießen entsprechender Wohnraum nicht verfügbar.

Hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter Dirk Oßwald widerspricht diesen Ausführungen und nennt sie „falsch“. Es gebe sehr wohl nicht nur einen Bestand, sondern auch ein Angebot an entsprechend angemessenen Wohnungen. Dies müsse das Job-Center in den Fällen, wo eine Mietsenkung gefordert werde, auch nachweisen können.

Man dürfe bei dem Ganzen nicht vergessen, dass es hier um Steuergelder gehe.

Ganz wichtig sei in diesem Zusammenhang auch, dass die neuen Richtlinien jetzt auch „gerichtsfest“ seien. Eine erste entsprechende Entscheidung des Sozialgerichtes Gießen liege jetzt vor.

Die Anschreiben gemäß Nr. 8 der Handlungsanweisung (Mietsenkung) seien jetzt noch verständlicher und somit bürgerfreundlicher gefasst worden.

Der Antrag lasse sich in der vorliegenden Form auch gar nicht durchsetzen, da er gegen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung verstoße: Im SGB-II-Bereich sei alle 6 Monate ein Folgeantrag zu stellen und dann müsse jeweils neu entschieden werden.

Kreistagsabgeordneter Peter Pilger teilt mit, dass die SPD-Fraktion mit dem Antrag in der vorliegenden Fassung „Schwierigkeiten“ habe. Er verweist auf die vorher gemachten Ausführungen des Dezenternenten.

Kreistagsabgeordneter Reinhard Hamel hält an dem Antrag in der vorliegenden Fassung fest. Änderungen bis zur Kreistagssitzung seien noch möglich.

Die Vorsitzende lässt jetzt über den Antrag abstimmen.

Der Kreistagsausschuss für Soziales, Jugend, Frauen, Integration, Gesundheit und Ehrenamt gibt folgende Beschlussempfehlung ab:

Ablehnung (bei einer Enthaltung)

- | | |
|----|---|
| 5. | Stellensituation im Team Asyl;
hier: Antrag des Kreisausländerbeirates vom 10. April 2013 (Vorlage. Nr. 0654/2013) |
|----|---|

Der Vorsitzende des Kreisausländerbeirates, Herr Tim van Slobbe, gibt eine kurze Erläuterung zu dem Antrag.

Die letzten Statistiken über Asylbewerber datierten aus dem Jahr 2011 und seien mittlerweile völlig überholt. Er gehe jetzt von 400 - 500 Bewerbern aus.

Für die Leistungsgewährung seien aber nach wie vor lediglich 2 Sachbearbeiter zuständig. Damit würden die Durchschnittswerte aller hessischen Landkreise deutlich überschritten. Dies sei auch im Hinblick auf die Belastung dieser Mitarbeiter nicht mehr zumutbar. Hier sei eine personelle Aufstockung um 2 Sachbearbeiterstellen dringend erforderlich. Davon müsse notfalls auch die Aufsichtsbehörde überzeugt werden.

Hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter Dirk Oßwald stimmt dem grundsätzlich zu.

Stellenplanmäßig handele es sich sogar nur um eine Vollzeitstelle.

Er nennt eine aktuelle Zahl von 450 Asylbewerbern, die sich allerdings auch auf Bedarfsgemeinschaften verteilen. Das Land Hessen habe bereits signalisiert, dass im Laufe des Jahres mit der Aufnahme weiterer, insbesondere syrischer Flüchtlinge, zu rechnen sei.

Mittlerweile liege das Ergebnis des Organisationsgutachtens vor, bei dem der Fachbereich 5 Pilotfunktion hatte. Jetzt könne man ganz konkret mit Zahlen argumentieren.

Er verweist allerdings auch auf die Deckelung der Personalkosten durch die Aufsichtsbehörde im Rahmen der Haushaltsplangenehmigung. Selbst wenn man trotzdem die Stellen neu besetzen wolle, müsse man von einer aufwendigen und damit langwierigen Vorlaufphase ausgehen.

Die Kreistagsabgeordnete Hiltrud Hofmann verlangt darauf hin ein Konzept, wie die Verwaltung hier kurzfristig, notfalls auch am Stellenplan vorbei, reagieren könne. Dieses Konzept, verbunden mit einer Prognose über die Entwicklung der nächsten Jahre, solle dem Ausschuss in der nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gerhard Noeske fragt noch einmal nach der bereits angesprochenen Statistik aus dem Jahr 2011 sowie den daraus resultierenden Vergleichszahlen hessischer Landkreise. Er bittet diese, falls nicht schon geschehen, dem Ausschuss noch zur Verfügung zu stellen.

Kreistagsvorsitzender Karl-Heinz Funck weist darauf hin, dass das Thema „Asylbewerber und die Folgekosten“ bereits mehrfach im Hessischen Landkreistag besprochen wurde. Der Kreisausschuss müsse hier notfalls dem Kreistag erklären, welcher Bedarf an Personal konkret vorhanden sei

Kreistagsabgeordneter Irfan Ortac meint, man solle den Antrag so lassen wie er ist und eine Entscheidung darüber aufschieben, bis ein Konzept zur Lösung vorliege.

Vorsitzende Claudia Zecher schlägt vor, den Antrag im Geschäftsgang zu lassen und momentan darüber nicht abzustimmen. Ein Konzept zu einer möglichst kurzfristigen Lösung soll von der Verwaltung bis zur nächsten Sitzung dem Ausschuss vorgelegt werden.

Hierüber herrscht grundsätzliches Einvernehmen.

Der Kreistagsausschuss für Soziales, Jugend, Frauen, Integration, Gesundheit und Ehrenamt gibt in der heutigen Sitzung keine Beschlussempfehlung ab. Der Antrag bleibt im Geschäftsgang.

6. Kinder mit Behinderung in Tageseinrichtungen für Kinder;
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 11. April 2013 (Vorlage Nr. 0658/2013)

Dieser Antrag war der Einladung zu dieser Sitzung als Anlage beigefügt. Die Kreistagsabgeordnete Maren Müller-Erichsen fasst diesen noch einmal kurz zusammen.

Verbunden mit dem Antrag ist die Bitte an die Landrätin und/oder den Sozialdezernenten, dieses Anliegen in den kommunalen Spitzenverbänden zu vertreten und zu unterstützen.

Zu Beginn der Sitzung war hierzu ein Ergänzungs- bzw. Änderungsantrag der Koalition aus SPD/FW/Bündnis 90/Die Grünen verteilt worden.

Namens der CDU-Fraktion bittet die Kreistagsabgeordnete Frau Maren Müller-Erichsen eine Aussprache zu vertagen. Ihre Fraktion möchte diesen Änderungsantrag erst in ihrer nächsten Sitzung beraten.

Die Kreistagsabgeordnete Frau Lisa Langwasser signalisiert bereits jetzt für die Koalition grundsätzliche Zustimmung.

Der Kreistagsausschuss für Soziales, Jugend, Frauen, Integration, Gesundheit und Ehrenamt gibt heute keine Empfehlung ab.

Der Antrag bleibt im Geschäftsgang. Die Beratung der CDU-Fraktion über den Änderungsantrag bleibt abzuwarten.

7. Familienhebammenprojekt "Runde Sache"

Das Programm „Runde Sache“ war der Einladung zu dieser Sitzung als Anlage beigefügt.

Hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter Dirk Oßwald begrüßt zu diesem TOP neben Frau Pohl-Hondrich und Frau Dr. Breitbach vom Fachdienst Gesundheit die an dem Projekt beteiligten Hebammen Frau Oßwald sowie Frau Schüler.

Zunächst erhält Frau Pohl-Hondrich das Wort: Sie erläutert noch einmal das Projekt. Der Schwerpunkt der Arbeit sei bewusst auf Prävention gelegt worden. Dazu gibt es eine Broschüre, die an relevanten Stellen ausgelegt werden soll. Sie geht dann auf den Begriff „Eltern mit besonderen Belastungen“ sowie auf die Zusammenarbeit mit dem ASD des Jugendamtes sowie mit dem Projekt „Hallo Welt“ ein.

Frau Schüler schildert dann einen Fall aus ihrer Praxis.

An der anschließenden Aussprache beteiligen sich die Kreistagsabgeordneten Maren Müller-Erichsen und Dr. Gerhard Noeske.

Hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter Dirk Oßwald erläutert ergänzend das Finanzierungsmodell. Es handelt sich hier um Bundes- und Landesmittel, die den jeweiligen Jugendhilfeträgern zur Verfügung gestellt werden. Auszugehen ist von einem Sockelbetrag in Höhe von 150.000,00 € und zwar für den Landkreis und die Stadt Gießen. Die Stadt Gießen soll als eigenständiger Jugendhilfeträger mit einer noch zu schließenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung in das Projekt eingebunden werden.

Anmerkungen des Kreistagsabgeordneten Reinhard Hamel, die Formulierungen im Text des Programms betreffen, werden von Frau Pohl-Hondrich und dem Hauptamtlichen Ersten Kreisbeigeordneten Dirk Oßwald beantwortet.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Die Vorsitzende bedankt sich bei den Referentinnen, insbesondere bei Frau Oßwald und Frau Schlüter.

8. Bericht des Kreisausschusses zum Modellprojekt "Jugend stärken: Aktiv in der Region"

Der Bericht war der Einladung zu dieser Sitzung als Anlage beigelegt.

Die Referentin, Frau Anna Kaczmarek-Kolb, berichtet von Terminen bei Elternabenden, Gesprächen mit Schülern und Eltern, mit Lehrern sowie Berufsberatern.

Besonders im Focus habe man aufgrund der vorliegenden Zahlen die Stadt Hungen gehabt.

Eine Anfrage der Kreistagsabgeordneten Frau Hiltrud Hofmann zu den örtlichen Ausbildungskordinatoren beantwortet Frau Neumeier von der ZAUG GmbH. Der hier angesprochene Ausbildungskordinator war aus Altersgründen ausgeschieden. Eine Nachfolgebesezung sei nicht vorgesehen. Das Konzept als solches werde allerdings weiter verfolgt.

Auf eine Frage des Kreistagsabgeordneten Irfan Ortac, was das Projekt gegen den zunehmenden Rechtsextremismus im Nordkreis unternommen habe, antwortet Hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter Dirk Oßwald, dieses Thema sei kein Schwerpunkt gewesen. Entsprechende Maßnahmen würden an anderer Stelle koordi-

niert.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht mehr. Die Vorsitzende stellt fest:

Der Kreistagsausschuss hat den Bericht entgegengenommen.

9. Mitteilungen und Anfragen

Hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter Dirk Oßwald teilt folgendes mit:

Die Stelle der im Jugendbildungswerk (JBW) ausgeschiedenen Kollegin wird wieder besetzt. Die Ausschreibung erfolge in Kürze.

Am Montag, dem 29.04.2013 tagt der Behindertenrat des Landkreises. Ein Vertreter des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV) wird dann zu Gast und die Aktivitäten des LWV im Landkreis Gießen erläutern.

Im Ausschuss bereits mehrfach angesprochen wurde das Problem von Tiertransporten.

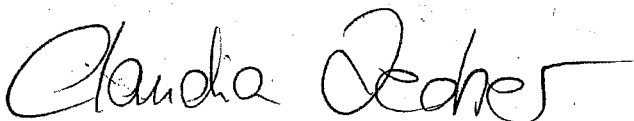
Hier sei mittlerweile eine Interimslösung zur Abladung von Tieren gefunden worden. Zudem zeichne sich eine Kooperation mit Justus-Liebig-Universität (JLU) ab.

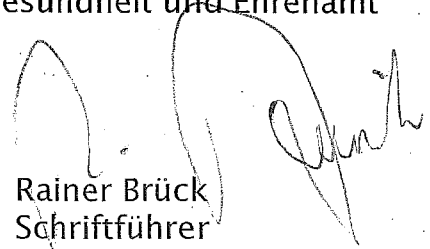
In diesem Zusammenhang verweist er auf den dem Protokoll beigefügten Zeitungsartikel. Die vom Veterinäramt durchgeführten Kontrollen zeigten also Wirkung.

Kreisbeigeordneter und Dezernent Dirk Haas berichtet von zahlreichen Aktionen in Zusammenhang mit der rechtsextremen Szene im Lumdatal. So wurden Mahnwachen organisiert und Aktionen in den Schulen durchgeführt.

Weitere Wortmeldungen gibt es dann nicht mehr.

Ausschussvorsitzende Claudia Zecher schließt die Sitzung des Kreistagsausschusses für Soziales, Jugend, Frauen, Integration, Gesundheit und Ehrenamt um 19.00 Uhr.




Rainer Brück
Schriftführer

LV Soz. A KT mir zu Mitt.

Viehhändler aus Kreis Steinfurt zu hoher Geldstrafe wegen Tierquälerei verurteilt

Wetzlar/Kreis Steinfurt

Teuer bezahlen muss ein Viehhändler aus dem Kreis Steinfurt einen unsachgemäßen Vieh-Transport. 22 500 Euro soll er zahlen, weil er im September 2010 38 Rinder transportieren ließ, ohne dass die entsprechenden Vorschriften eingehalten wurden.

Von Rüdiger Hubert

Das Wetzlarer Amtsgericht hat einen 47-jährigen Viehhändler aus dem Kreis Steinfurt wegen Tierquälerei zu einer Geldstrafe von 22 500 Euro (150 Tagessätze zu je 150 Euro) verurteilt. Auf seinem bei Wetzlar kontrollierten Viehtransporter befanden sich dicht gepfercht Kühe mit frischen Verletzungen.

Der Angeklagte bestritt bis zuletzt die Vorwürfe und ließ offen, wer letztendlich verantwortlich für den äußerst unsachgemäßen Tiertransport im September 2010 war. So benötigte Vorsitzende Richterin Dr. Carina Heublein zwei Prozesstage, um insgesamt fast ein Dutzend Zeugen zu den massiven Vorwürfen zu hören. Bei einer gemeinsamen nächtlichen Kontrolle von Autobahnpolizei und Veterinärbehörde war auf der Sauerlandlinie (A 45) bei Wetzlar ein Lkw mit Anhänger angehalten worden, auf dem 38 Rinder transportiert wurden.

Der Viehtransport befand sich vom Münsterland, wo er mehrere Stunden zuvor beladen wurde, auf dem Weg zum Schlachthof nach Pforzheim. Veterinäre stellten fest, dass auf dem doppelstöckigen Anhänger die Deckenhöhen für die Tiere zu niedrig waren. Dicht gepfercht hatten mehrere Tiere nicht ausreichend Raumhöhe und scheuerten mit ihrem Rücken an der Decke. Einzelne Tiere hatten sich offene und blutige Verletzungen zugezogen. Die vorhandene Transporthöhe wäre nur für Hausschweine und Kälber ausreichend gewesen.

Maximal 27 Kühe hätten mit dem Gefährt transportiert werden dürfen, so die Aussage der Veterinärärzte. Der Fahrer des Viehtransports, ein 28-jähriger Mann, wollte sich in der Zeugenaussage weder selbst noch seinen Chef belasten und berief sich wiederholt auf Erinnerungslücken. Ähnlich zurückhaltend und „schwammig“ äußerten sich weitere als Zeugen angehörte Betriebsangehörige.

Dabei stellte sich heraus, dass der „Chef“ selbst beim Abholen der Tiere von einem Bauernhof in Mecklenburg-Vorpommern einen Tag zuvor beteiligt war und über die Anzahl der weiter zu transportierenden Kühe wusste. Der für den Firmensitz zuständige Amtstierarzt berichtete von wiederholten Auffälligkeiten bei Tiertransporten. Oberamtsanwältin Kirsten Wagner sah in dem Betriebsinhaber den Verantwortlichen, der die Verladeaktion hätte betreuen und überwachen müssen.